

Die Uni unregierbar machen!

Ein Diskussionsbeitrag der campusantifa

In der studentischen Protestbewegung, die momentan wieder in Wallung kommt, scheint es einige Unklarheiten über die Frage zu geben, wie eine gemeinsam formulierte Kritik an Hochschule und Gesellschaft aussehen soll: Manche wollen schlicht die „Studierfähigkeit“ verbessern, andere pochen auf ein Recht auf Bildung und Demokratisierung und wieder andere wollen auf eine Gesellschaftskritik hinaus. Da geht also einiges quer. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass in den lokalen Bewegungen und Bündnissen bisher inhaltliche Diskussionen aufgrund von Aktionsplanungen hinten angestellt wurden. Im Rahmen der Aktionswoche in Frankfurt soll nun jedoch Raum und Zeit angeeignet werden, um solcherlei Diskussionen zu führen. Hier dazu ein erster Beitrag, der in aller Kürze unsere Position zu skizzieren und so eine Diskussion anzuregen versucht (wir laden im Rahmen der Aktionswoche am 01.12. um 17.00 Uhr zur Diskussion dieser Position ein):

Die seit Anfang der 1990er Jahre sich zuspitzenden Umstrukturierungen des Bildungssystems sind unseres Erachtens nur in einem gesamtgesellschaftlichen – und das heißt auch: globalen – Kontext adäquat zu verstehen. Als Teil des kapitalistischen Staates übernehmen die Bildungsinstitutionen eine ganze Reihe von Funktionen, von denen einige offen ausgesprochen werden (wie etwa die Erzeugung qualifizierter Arbeitskräfte für die Privatwirtschaft und den Staatsdienst, die Entwicklung von Hochtechnologien und wissenschaftlichen Innovationen und die Elitereproduktion) und andere mehr oder weniger unausgesprochen ihre Wirkung entfalten (Disziplinierung, Selektion, Vermittlung von Ideologien und Lebensweisen). Die konkreten Bedingungen, unter denen die Hochschulen diese Funktionen erfüllen (sollen), haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. In zwei Sätzen: Getrieben von der kapitalistischen Dynamik und gestützt von einer (inter)nationalen Politik, der die Steuerung durch Marktmechanismen zum Allheilmittel geronnen ist, bildeten sich globale Wertschöpfungsketten und weitgehend liberalisierte globale Marktbeziehungen heraus, durch die eine allseitige Konkurrenz zwischen den nunmehr als Standorten firmierenden Staaten (aber auch Regionen) installiert wurde – kaum ein Ort, an dem sie nicht als staatlich organisierter Angriff auf die (noch nicht, aktuell, nicht mehr) Lohnabhängigen sinnfällig wird.

In diesem Kontext hat sich auf europäischer Ebene eine Bildungs- und Hochschulpolitik mit dem Ziel formiert, Europa bis zum Jahre 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum“ aufzupäppeln. Um dies zu erreichen wurde mächtig gestrampelt und versucht, den Bologna-Prozess auf nationaler Ebene schnellstmöglich durchzusetzen. Die Protagonisten der Reformen versuchen sich, spätestens seit diesem Jahr, einsichtig mit dem Protest zu geben, indem zugestanden wird, dass der einen oder anderen „Flüchtigkeitsfehler“ unterlaufen sei. Dementsprechend reagieren sie auf den studentischen Protest: Ja, die Studienbedingungen müssen verbessert werden, ja wir brauchen mehr Personal und ja, 20-Jährige mit Burnout-Syndrom, das wollte man doch auch nicht – denn: „Deutschland ist ein Land ohne besondere Rohstoffreserven. Unser Kapital ist das Wissen.“ Nein, das Zitat ist nicht von Merkel, sondern stammt aus einer Solidaritätserklärung für den Bildungsstreik 2009. Spätestens an diesem Punkt sollte sich für alle am Bildungsstreik oder -protest Beteiligten die Frage stellen, wo die Reise hingehen soll.

„Was immer auch geschieht,
Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken.“
(Erich Kästner)

Ob willentlich oder nicht, viele Motive und Forderungen des Protests brechen nicht bewusst mit der Standortlogik. Solange dies nicht geschieht, kauft mensch sich die Probleme, die den Protest auf den Plan gerufen haben, immer wieder ein. Mögen die Kochs und Schavans auch als noch so unbeschreiblich dämliche Arschtröten durchschaut sein, der Staat erscheint meist als einzige Schutzmacht gegen die um sich schlagenden Marktzwänge, deren Durchsetzung er jedoch selbst befördert und optimiert. Auch wenn die Kritik an der Vermarktlichung der Unis häufig im Fokus steht, ein bewusster Bruch mit der dahinter stehenden Logik würde eine Klärung des Verhältnisses zum Staat notwendig machen. Sein Lebenselixier ist letztlich ein sich verwertendes Kapital und seine Aufgabe die Verwaltung der widersprüchlichen gesellschaftlichen Interessenlagen, die auch im Bildungswesen ihren Niederschlag finden. Wird dies nicht mitgedacht und der Staat nicht als Adressat von Verbesserungswünschen abgelehnt, bleibt der Protest in der Rolle des bloßen Stichwortgebers für eine bessere Standortpolitik hängen.

Es reicht also nicht hin eine irgendwie bessere Bildung zu fordern oder sich an alte, abstrakt gesetzte Bildungsideale zu klammern. Vielmehr kommt es darauf an, sich in der Auseinandersetzung die Freiheit zu nehmen, nicht nach realpolitischer Machbarkeit zu fragen, sondern als Maßstab die Notwendigkeit einer kritischen Bildung zu nehmen, die dazu befähigt, die vielfältigen gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse zu erkennen und zu kritisieren. Eine solche Bildung wäre zu verstehen als eine der Bedingungen der Möglichkeit gesellschaftliche Emanzipationsprozesse in Gang zu setzen.

Anstatt also den Zustand der Unfreiheit zu verlängern, ist es vielmehr längst an der Zeit, neben der Verteidigung und dem Ausbau der letzten Residuen einer kritischen Bildung, einen unversöhnlichen Widerstand gegen die Rolle als Manövriermasse des Standorts, von Staat und Kapital, zu organisieren.

campusantifa